

In Europa wird die große Mehrheit der Wertschöpfung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) erbracht, die nachweislich eine entscheidende Rolle für gesellschaftlichen Wohlstand und die wirtschaftliche Entwicklung spielen. Dies wird in der EU regelmäßig zum Anlass genommen, weitreichende größenabhängige Steueranreize für KMU zu gewähren. Von der Wissenschaft werden derartige Regelungen jedoch sehr kritisch gesehen, da sie stets das Steuersystem verkomplizieren und zu Verzerrungen in der Ressourcenallokation führen.

Vor diesem Hintergrund untersucht die vorgelegte Dissertation, welchen steuerlichen Vergünstigungen KMU in der EU unterliegen und inwieweit deren Nutzen die gesamtwirtschaftlichen Kosten übersteigt. Das oft hervorgebrachte Argument des Marktversagens im Zusammenhang mit KMU wird im Rahmen der Analyse eindeutig widerlegt. Es wird gezeigt, dass KMU im Vergleich zu großen Unternehmen keine positiven Externalitäten in Form vermehrter Beschäftigung und Innovation generieren und dass sie keinen übermäßigen Finanzierungsengpässen unterliegen. Stattdessen handelt es sich lediglich um eine sehr kleine Gruppe junger, dynamischer und meist überdurchschnittlich innovativer Unternehmen („Gazellen“), für welche die genannte Argumentation einschlägig ist. Genau diese Unternehmen profitieren allerdings am wenigsten von der Mehrheit der angebotenen steuerlichen KMU-Anreize.

Auch die Nachteile, welche KMU aus der Unternehmensbesteuerung erwachsen (z.B. begrenzte Verlustverrechnungsmöglichkeiten oder die steuerliche Doppelbelastung körperlicher Gewinne), stellen keine hinreichende Rechtfertigung für größenbasierte Steuervorteile dar. Zum einen ist auch hier insgesamt nur eine geringe Benachteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen festzustellen, zum anderen sind größenabhängige Anreize erneut ein ungenaues und ineffektives Gegenmittel. Als Ausnahme sind diesbezüglich rein administrative Vereinfachungen zu nennen, die überproportionalen Befolgungskosten für kleine Unternehmen durchaus effektiv entgegenwirken.

Der empirische Teil der Analyse zeigt jedoch auch, dass zu weitreichende und falsch ausgestaltete Vereinfachungen starke Verzerrungen in der Ressourcenallokation hervorrufen können. Konkret tritt bei einigen Regelungen das sog. *Bunching* auf. Gemeint ist das Sammeln von Steuerzahlern genau unter Umsatz- und Beschäftigungsgrenzen, um den Zugang zu größenabhängigen Vorteilen nicht zu verlieren. Anders ausgedrückt vermeiden es Unternehmen bewusst wegen angebotener KMU-Anreize zu wachsen, was selbstredend im direkten Widerspruch zur eigentlichen Zielsetzung der Regelungen steht. Zahlreiche vereinfachende Regime für Kleinstunternehmen rufen zudem Verzerrungen in der Rechtsformwahl hervor, da diese in der EU ausschließlich für Personenunternehmen gewährt werden.

Als Fazit der Arbeit ist festzuhalten, dass steuerliche KMU-Anreize mit der Ausnahme rein administrativer Erleichterungen meist als ineffektive, ineffiziente Förderinstrumente anzusehen sind. Statt KMU mit diskriminierenden größenbasierten Regelungen zu bevorteilen, sollte sich der Gesetzgeber daher auf die Ausgestaltung eines allgemein einfachen, neutralen und für alle Unternehmen attraktiven Steuersystems konzentrieren. Hiervon würden sowohl kleine und mittlere als auch große Unternehmen profitieren und die Attraktivität des Investitionsstandortes Deutschland würde eher verbessert als durch selektive Sonderregelungen.